

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Corona-Maßnahmen auflockern - Strategiewechsel für Mecklenburg-Vorpommern vollziehen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die seit Oktober gefassten Beschlüsse und Vorhaben der Bund-Länder-Konferenzen und der Ministerpräsidentenkonferenz nicht weiter umzusetzen. Insbesondere die Schließung von Gaststätten, Theatern, Opern, Konzerthäusern, Messen, Kinos, Freizeitparks und Anbietern von Freizeitaktivitäten wie Spielhallen oder Sportvereinen wird ausdrücklich unter den jetzigen Umständen nicht mehr durchgeführt.
2. eine Regelung zu treffen, die temporär und lokal auf eine sich anbahnende Überforderung eines lokalen Gesundheitssystems wirkt. In Kooperation mit Oberbürgermeistern und Landräten erarbeitet die Landesregierung einen Plan, der kreisbezogene Kontaktvermeidungsmaßnahmen erlässt, wenn Labore, ambulante Arztpraxen und Krankenhäuser eine Überbelastung ihrer Kapazitäten anzeigen. Als alternativen Sonderweg für diese Regelung bietet sich das „Gemeinsamen Positionspapier von Wissenschaft und Ärzteschaft zum Umgang mit der Pandemie“ an, welches die Kassenärztliche Bundesvereinigung zusammen mit Virologen am 28. Oktober 2020 publizierte.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Die Vereinbarungen und Vorhaben aus den Videokonferenzen von Kanzlerin Angela Merkel und den Ministerpräsidenten werden nicht ausreichend von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig verworfen. Der Landtag hat als Vertretung der Bürger die Pflicht, derartige folgenschwere Verordnungen zur Einschränkung des wirtschaftlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und familiären Lebens zu diskutieren.

Die Einschränkung vieler Geschäftsbereiche ist unbegründet. Die meisten der von Schließung betroffenen Bereiche zeigten keine übermäßig hohe Infektionsgefahr und setzten Hygienekonzepte in ihren Betrieben um.

Die geplante Reaktion der Schließung des öffentlichen Lebens in einem gesamten Bundesland ist unverhältnismäßig. Die aktuellen Entwicklungen bei den Zahlen im Intensivbettenregister weisen kein Anzeichen einer Überbelastung oder einer steigenden exponentiellen, nicht saisonalen Dynamik nach.

Eine Orientierung der Landesregierung am „Gemeinsamen Positionspapier von Wissenschaft und Ärzteschaft zum Umgang mit der Pandemie“ würde ein realistisches und kostenabmilderndes Infektionsgeschehen befördern, ohne moralische und ethische Grenzen zu überschreiten.